

Fachbereiche 1,2,3,4,5,6,7,8,9,10
Naturwissenschaftliche Fakultät
Fakultät f. Maschinenbau u. Elektrotechnik
Dezernat 3, Abt.31, 32, 33, 34,
Abteilung 36 (20 Ex)

Nr. 143
02.06.1999

Herausgegeben vom
Präsidenten der
Technischen Universität
Carolo-Wilhelmina
zu Braunschweig

Redaktion:
TU-Abteilung 36
Pockelsstraße 14
38106 Braunschweig
Tel. 0531/391-4308
Fax 0531/391-4575

Aushang

**Universitäts-
Bibliothek
Braunschweig**

Immatrikulationsordnung

der Technischen Universität Braunschweig

Hiermit wird die vom Senat in seiner Sitzung am 12.05.1999 beschlossene Immatrikulationsordnung für die Technische Universität Braunschweig hochschulöffentlich bekanntgemacht.

Die Ordnung tritt am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung, am 03.06.1999, in Kraft.



AH Z 300

Technische Universität Braunschweig
Neufassung der Immatrikulationsordnung
Der Senat der Technischen Universität Braunschweig
hat die Immatrikulationsordnung am 12.05.1999
beschlossen*. Sie wurde am 02.06.1999
hochschulöffentlich bekanntgemacht

**Immatrikulationsordnung
der Technischen Universität
Carolo Wilhelmina zu Braunschweig
vom 12.05.1999**

- § 1 Immatrikulation
- § 2 Fristen und Form der Anträge auf Immatrikulation
- § 3 Rücknahme der Immatrikulation
- § 4 Versagung der Immatrikulation
- § 5 Exmatrikulation auf eigenen Antrag
- § 6 Exmatrikulation aus besonderem Grund
- § 7 Rückmeldung
- § 8 Beurlaubung
- § 9 Gleichzeitiges Studium mehrerer Studiengänge
- § 10 Gasthörerinnen und Gasthörer
- § 11 Besondere Studiengänge
- § 12 Zuständigkeiten
- § 13 Inkrafttreten

§ 1

Immatrikulation

(1) Eine Bewerberin oder ein Bewerber wird auf ihren oder seinen Antrag durch die Immatrikulation als Studentin oder Student in die Hochschule aufgenommen und für den gewählten Studiengang eingeschrieben; bei Lehramtsstudiengängen erfolgt die Einschreibung für Unterrichtsfächer, bei Magisterstudiengängen für Haupt- und Nebenfächer. Mit der Immatrikulation wird sie oder er Mitglied der Technischen Universität Braunschweig mit allen sich aus dem Niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG) und anderen Ordnungen ergebenden Rechten und Pflichten. Die Immatrikulation ist mit der Aushändigung des Studienausweises vollzogen. Sie wird mit Beginn des jeweiligen Semesters wirksam.

(2) Die Immatrikulation setzt voraus, daß die Bewerberin oder der Bewerber

1. die nach § 32 NHG für den gewählten Studiengang erforderliche Qualifikation (Hochschulzugangsberechtigung, praktische Ausbildung) besitzt,
2. für einen Studiengang mit Zulassungsbeschränkungen, sofern sie oder er einen solchen gewählt hat, zugelassen worden ist,
3. den Semesterbeitrag (Studentenschafts- und Studentenwerksbeitrag) und den Verwaltungs-kostenbeitrag, sofern keine Ausnahme nach Absatz 6 vorliegt, fristgerecht gezahlt hat,
4. alle sonstigen für die Immatrikulation nach dieser Ordnung erforderlichen Angaben macht und Nachweise vorlegt.

Bei Bewerberinnen und Bewerbern mit einem als gleichwertig anerkannten ausländischen Vorbildungsnachweis setzt die Immatrikulation ferner in der Regel ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache voraus, die erforderlichenfalls durch die Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang (DSH) nachzuweisen sind.

(3) Die Immatrikulation ist entsprechend zu befristen, wenn

1. ein Studiengang nicht fortgeführt wird,
2. nur einzelne Abschnitte eines Studienganges angeboten werden,
3. die Bewerberin oder der Bewerber für einen Abschnitt des Studienganges zugelassen worden ist,
4. der Bewerberin oder dem Bewerber im Wege der Ausnahme gestattet ist, die auf Grund der Ordnungen nach § 32 Abs. 6 Nrn. 1 und 4 NHG geforderte praktische Ausbildung erst zu einem festgelegten Zeitpunkt nach Vorlesungsbeginn nachzuweisen,
5. die Bewerberin oder der Bewerber auf Grund gerichtlicher Anordnung vorläufig zugelassen worden ist,
6. eine ausländische Bewerberin oder ein ausländischer Bewerber für ein offizielles Austauschprogramm, für ein Vertiefungs-, Kontakt- oder Teilstudium immatrikuliert wird; für ein Teilstudium können insbesondere solche Bewerberinnen oder Bewerber eingeschrieben werden, die an den von der Hochschule angebotenen Deutschkursen teilnehmen, um die Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang (DSH) an der Technischen Universität Braunschweig abzulegen; im Regelfall ist die Immatrikulation auf zwei Fachsemester zu befristen,
7. die Bewerberin oder der Bewerber für ein Lehramtsstudium in den Unterrichtsfächern, in denen dies zulassungsrechtlich angeordnet ist, zunächst nur in einem Unterrichtsfach zugelassen ist, auf Grund der Studien- oder Prüfungsordnung jedoch die Zulassung für weitere Unterrichtsfächer benötigt,
8. eine Doktorandin oder Doktorand nach einer bestandenen Abschlußprüfung ein berechtigtes Interesse an einer Fortsetzung des Studiums nachweist. In der Regel ist die Immatrikulation auf sechs Fachsemester zu befristen.

(4) War die Bewerberin oder der Bewerber in demselben Studiengang an Hochschulen im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes (HRG) bereits eingeschrieben, wird sie oder er im entsprechend nächsthöheren Fachsemester des Studienganges eingeschrieben. Hat sie oder er anrechenbare Leistungen auf Grund eines Studiums außerhalb des Geltungsbereichs des HRG oder in einem anderen Studiengang erbracht, wird sie oder er

*Der Senat der TU Braunschweig hat die Neufassung der I-Ordnung am 12.05.1999 mit folgender Fußnote beschlossen: Sämtliche die Einführung des Verwaltungskostenbeitrages betreffenden bzw. berührenden Regelungen dieser I-Ordnung sind im Hinblick auf die gesetzlichen Vorgaben ohne einen rechtsgestaltenden Willen des Senats beschlossen worden.

auf Antrag in dem höheren Fachsemester eingeschrieben, das sich nach Prüfung der vorhandenen Leistungsnachweise als höheres Fachsemester ergibt.

(5) Die Studentin oder der Student erhält neben dem Studiausweis ein Studiennachweisheft und Studienbescheinigungen. Dem Immatrikulations- und Prüfungsamt sind Änderungen des Namens und der Anschrift sowie der Verlust der in Satz 1 angegebenen Unterlagen unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Die Studentin oder der Student ist verpflichtet, nach jeder durchgeführten Rückmeldung das Datenblatt des jeweiligen Semesters in das Studiennachweisheft abzuheften.

(6) Ausgenommen von der Zahlung des Verwaltungskostenbeitrages sind ausländische Studierende, die auf Grund eines zwischenstaatlichen oder internationalen Abkommens oder einer Hochschulpartnerschaft immatrikuliert werden, soweit Gegenseitigkeit besteht, sowie ausländische Studierende im Rahmen von Förderprogrammen, die ausschließlich oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln des Bundes oder der Länder finanziert werden.

(7) Studierende, die an zwei niedersächsischen Hochschulen eingeschrieben werden möchten, haben den Verwaltungskostenbeitrag nur einmal zu zahlen. Ihnen wird mitgeteilt, welche der Hochschulen den Verwaltungskostenbeitrag erhebt.

§ 2

Fristen und Form der Anträge auf Immatrikulation

(1) In Studiengängen ohne Zulassungsbeschränkungen ist die Immatrikulation jeweils für das Wintersemester bis zum 1.10. und für das Sommersemester bis zum 1.4. zu beantragen. In begründeten Ausnahmefällen ist der Bewerberin oder dem Bewerber eine angemessene Nachfrist einzuräumen. Für Studiengänge mit Zulassungsbeschränkungen regelt sich die Bewerbungsfrist nach den Vorschriften des Niedersächsischen Hochschulzulassungsgesetzes und den dazu ergangenen Rechtsverordnungen. Die Immatrikulation erfolgt innerhalb einer festgesetzten Erklärungsfrist. Für ausländische Bewerberinnen und Bewerber, die die Hochschulzugangsberechtigung in der Bundesrepublik erlangt haben (Bildungsinländer), gelten die Fristen für deutsche Bewerberinnen und Bewerber. Für die übrigen ausländischen Bewerberinnen und Bewerber und für Bewerbungen für höhere Fachsemester gelten die Bewerbungsfristen für zulassungsbeschränkte Studiengänge; für Bewerbungen für höhere Fachsemester jedoch nicht als Ausschlussfrist.

(2) Der Immatrikulationsantrag ist auf dem eingeführten Formular schriftlich zu stellen. Der Antrag muß enthalten:

1. Angaben über Name, Anschrift, Geburtsdatum und -ort, Staatsangehörigkeit sowie Angaben zum gewünschten Studiengang und Fachsemester,
2. eine Erklärung darüber, in welchen Studiengängen und mit welchen Studienzeiten die Bewerberin oder der Bewerber bereits an anderen Hochschulen immatrikuliert ist oder gewesen ist,

3. eine Erklärung darüber, ob und in welchem Studiengang eine Vor-, Zwischen- oder Abschlußprüfung endgültig nicht bestanden ist,
4. eine Erklärung darüber, ob die Bewerberin oder der Bewerber auf Grund gerichtlicher Anordnung nur vorläufig immatrikuliert ist oder war,
5. eine Erklärung darüber, ob eine Studienbewerberin oder ein Studienbewerber neben der ausländischen auch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt,
6. ein tabellarischer Lebenslauf.

(3) Mit dem Antrag sind vorzulegen:

1. der Nachweis über die Hochschulzugangsberechtigung für den gewählten Studiengang oder der ausländische Vorbildungsnachweis, erforderlichenfalls zusätzlich in einer von einer vereidigten Gerichtsdolmetscherin/-übersetzerin oder einem vereidigten Gerichtsdolmetscher/-übersetzer gefertigten amtlich beglaubigten Übersetzung
2. bei Studienortwechsel die Studienbücher/Belege/Nachweise aller vorher besuchten Hochschulen und Zeugnisse über ggf. abgelegte Vor-, Zwischen- und Abschlußprüfungen.
3. bei der beantragten Einschreibung für ein höheres Fachsemester auf Grund von anrechenbaren Leistungen die für die Anrechnung maßgeblichen Leistungsnachweise,
4. bei der Durchführung eines Parallelstudiums gemäß § 9 Abs. 1 eine Begründung, daß ein gleichzeitiges ordnungsgemäßes Studium durchgeführt werden kann,
5. für die Einschreibung zu einem Aufbaustudium in der Regel der Nachweis über ein abgeschlossenes Hochschulstudium sowie sonstige gemäß den geltenden Ordnungen vorgesehenen Nachweise,
6. die Angabe über die Dauer des beabsichtigten Studienaufenthaltes bei der Aufnahme eines Teilstudiums,
7. bei Wehr- oder Zivildienstleistenden einen Nachweis über die Beendigung des Dienstes.

(4) Bei der Immatrikulation sind vorzulegen:

1. der Nachweis zur Identifikation (Personalausweis- oder Reisepaß),
2. der Zulassungsbescheid,
3. eine Bescheinigung über die Ableistung einer praktischen Ausbildung sofern sie durch Ordnung gemäß § 32 Abs. 6 Nrn. 1 und 4 NHG vorgeschrieben ist,
4. der Exmatrikulationsnachweis der vorher besuchten Hochschule/n,
5. der Nachweis über die Entrichtung des Semesterbeitrages (Studentenschafts- und Studentenwerksbeitrag) und des Verwaltungskostenbeitrages,
6. der Nachweis der Krankenkasse über die Erfüllung der Versicherungspflicht oder über die Befreiung von der Versicherungspflicht,
7. der ausgefüllte Datenerhebungsbogen mit Angaben nach beigefügter Anlage,

8. bei ausländischen Bewerberinnen und Bewerbern mit Ausnahme der EU-Bürger und der Bildungsinländer die Aufenthaltserlaubnis zu Studienzwecken und Originale der der Immatrikulation zugrunde gelegten Zeugnisse.
9. zwei Paßbilder.

(5) Eines besonderen Antrages bedarf es, wenn die Studentin oder der Student den Studiengang oder das Unterrichtsfach wechseln oder einen weiteren Studiengang aufnehmen will.

§ 3

Rücknahme der Immatrikulation

(1) Die Immatrikulation ist zurückzunehmen, wenn eine Studentin oder ein Student dies innerhalb von zwei Monaten nach Semesterbeginn schriftlich beantragt. Die Immatrikulation ist ferner auf schriftlichen Antrag der Studentin oder des Studenten zurückzunehmen, wenn das Studium im ersten Fachsemester nach der Immatrikulation wegen Ableistung einer Dienstpflicht i.S. des HRG in der jeweils geltenden Fassung nicht aufgenommen oder fortgesetzt werden kann.

In den Fällen der Sätze 1 und 2 gilt die Immatrikulation als von Anfang an nicht vorgenommen.

2) Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

1. Studenausweis
2. Studienbescheinigungen
3. Studiennachweisheft

§ 4

Versagung der Immatrikulation

(1) Die Immatrikulation ist zu versagen, wenn

1. die Bewerberin oder der Bewerber bereits an einer anderen Hochschule immatrikuliert ist und die Voraussetzungen des § 9 nicht vorliegen
2. der Nachweis über die Entrichtung des Semesterbeitrages und des Verwaltungs-kostenbeitrages nicht erbracht wird.
3. der Nachweis über die Erfüllung der Versicherungspflicht oder über die Befreiung von der Versicherungspflicht nicht erbracht wird.

die Bewerberin oder der Bewerber in dem gewählten Studiengang eine Vor-, Zwischen- oder Abschlußprüfung endgültig nicht bestanden oder nach den Bestimmungen, die für ihr oder sein Studium maßgebend sind, den Prüfungsanspruch verloren hat.

(2) Die Immatrikulation kann versagt werden, wenn

1. für die Bewerberin oder den Bewerber eine Betreuerin oder ein Betreuer zur Besorgung aller Angelegenheiten bestellt worden ist,
2. die Bewerberin oder der Bewerber an einer Krankheit i.S. des § 45 Abs. 1 des Bundes-Seuchengesetzes leidet oder trotz des Verdachts einer solchen Krankheit ein gefordertes amtsärztliches Zeugnis nicht beibringt.
3. die Bewerberin oder der Bewerber die für die Immatrikulation vorgeschriebenen Formen und Fristen nicht beachtet.
4. bei Einführung oder Aufhebung eines Studienganges die Einschreibung für bestimmte Fachsemester ausgeschlossen ist.
5. bei einer Bewerberin oder einem Bewerber ohne inländische Hochschulzugangsberechtigung ein

als gleichwertig anerkannter ausländischer Vorbildungsnachweis nicht vorliegt oder keine ausreichenden Kenntnisse der deutschen Sprache nachgewiesen werden.

§ 5

Exmatrikulation auf eigenen Antrag

(1) Eine Studentin oder ein Student ist auf schriftlichen Antrag jederzeit zu exmatrikulieren. Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

1. Studenausweis und Studienbescheinigungen für das laufende Semester,
2. Studiennachweisheft,
3. Erklärung, daß sämtliches Eigentum der Technischen Universität Braunschweig und die Bibliotheks-Benutzungskarte zurückgegeben wurde.

(2) Die Exmatrikulation erfolgt zu dem beantragten Zeitpunkt oder, soweit nichts anderes beantragt ist, zum Ende des laufenden Semesters. Der Studentin oder dem Studenten ist das Studiennachweisheft mit dem Exmatrikulationsvermerk auszuhändigen oder zu übersenden. Eine rückwirkende Exmatrikulation ist ausgeschlossen.

(3) Der Verwaltungskostenbeitrag wird erstattet, wenn Studierende die Exmatrikulation vor Beginn des Semesters beantragen.

§ 6

Exmatrikulation aus besonderem Grunde

(1) Eine Studentin oder ein Student ist zu exmatrikulieren, wenn

1. Die Immatrikulation durch Zwang, arglistige Täuschung oder Bestechung herbeigeführt wurde oder
2. in einem Studiengang mit Zulassungsbeschränkungen die Rücknahme des Zulassungsbescheides unanfechtbar oder sofort vollziehbar ist.

(2) Eine Studentin oder ein Student kann exmatrikuliert werden, wenn

1. nach der Immatrikulation Tatsachen bekannt werden oder eintreten, die zur Versagung der Immatrikulation geführt hätten,
2. sie oder er die für das Rückmeldeverfahren vorgeschriebenen Fristen versäumt hat,
3. sie oder er nach einer bestandenen Abschlußprüfung kein berechtigtes Interesse an einer Fortsetzung des Studiums nachweist.
4. sie oder er eine Vor-, Zwischen- oder Abschlußprüfung endgültig nicht bestanden hat, oder
5. der Studiengang, für den sie oder er eingeschrieben ist, nicht fortgeführt wird und gewährleistet ist, daß das Studium an einer anderen Hochschule des Landes fortgeführt werden kann.

(3) Vor einer Exmatrikulation ist der Studentin oder dem Studenten Gelegenheit zu geben, sich zu den für die Entscheidung erheblichen Tatsachen zu äußern;

§ 28 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) ist zu beachten. Eine Exmatrikulation nach den Absätzen 1 und 2 ist der Studentin oder dem Studenten schriftlich mit Begründung und Rechtsbehelfsbelehrung bekanntzugeben. Sie wird nach Rechtskraft der Entscheidung vollzogen und in das Studien-

nachweisheft mit dem Datum des Wirksamwerdens der Exmatrikulation eingetragen.

(4) Bei Exmatrikulation nach den Absätzen 1 und 2 Nr. 1 sind die Vorschriften über die Rücknahme eines Verwaltungsaktes gemäß §§ 48 und 50 VwVfG zu beachten.

§ 7

Rückmeldung

(1) Die an der Universität eingeschriebenen Studierenden, die ihr Studium im folgenden Semester fortsetzen wollen, haben sich durch Zahlung des Semesterbeitrages und des Verwaltungskostenbeitrages zurückzumelden. § 1 Absatz 6 gilt entsprechend.

(2) Für ein Wintersemester wird der Semester- und Verwaltungskostenbeitrag am 01.07. und für ein Sommersemester am 01.02. vor dem zahlpflichtigen Semester fällig. Welche dieser Zahlungsfristen jeweils einzuhalten ist, ist auf den Leporellos angegeben. Spätestens muss der Gesamtbetrag bis zum Vorlesungsende des Vorsemesters auf dem dafür vorgesehenen Konto eingegangen sein. Das jeweilige Vorlesungsende wird vom Senat festgesetzt und entsprechend hochschulöffentlich bekanntgegeben.

(3) Mit der fristgerechten Einzahlung der in Absatz 1 genannten Beiträge beantragen die Studierenden die Rückmeldung für das nächstfolgende Semester. Fristgerecht ist ein Antrag auf Rückmeldung nur dann gestellt, wenn sowohl der jeweils gültige Semesterbeitrag als auch der festgesetzte Verwaltungskostenbeitrag vollständig innerhalb der in Absatz 2 vorgegebenen Frist auf dem Konto der Universität eingegangen ist; anderenfalls liegt ein Fristversäumnis gemäß § 6 Absatz 2 Ziffer 2 vor.

(4) Hat die Studentin oder der Student keinen fristgerechten Antrag auf Rückmeldung gestellt, kann die Universität eine Nachfrist setzen. Für den zusätzlichen Aufwand wird eine Verwaltungsgebühr von 30 DM fällig, es sei denn, die Studentin oder der Student hat die Verspätung nachweislich nicht zu vertreten. Sind die zu zahlenden Beiträge auch innerhalb der gesetzten Nachfrist nicht eingegangen, wird das Exmatrikulationsverfahren gemäß § 6 Absatz 2 Ziffer 2 eingeleitet.

(5) Zur Vereinfachung der Rückmeldeverfahren kann der Universität für die Zahlung der Beiträge gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 3 eine Abbuchungsermächtigung auf dem dafür vorgesehenen Vordruck erteilt werden. Der Kostenanteil für den Versand beträgt 3 DM.

(6) Die Rückmeldung wird durch Aushändigung bzw. beim Abbuchungsverfahren durch Übersendung des Leporellos vollzogen.

§ 8

Beurlaubung

(1) Eine Studentin oder ein Student ist auf ihren oder seinen schriftlichen Antrag für die Dauer der Ableistung einer Dienstpflicht i.S. des HRG in der jeweils geltenden Fassung zu beurlauben. Dem Antrag ist eine amtlich beglaubigte Ablichtung des Bescheides über die Dienstpflicht beizufügen.

(2) Eine Studentin oder ein Student kann vor Semesterbeginn bzw. innerhalb von zwei Monaten nach Semesterbeginn auf ihren oder seinen schriftlichen Antrag, wenn ein wichtiger Grund nachgewiesen ist, beurlaubt werden. Die Beurlaubung ist je Studiengang nur für volle Semester und in der Regel nur für jeweils

höchstens zwei aufeinanderfolgende Semester zulässig. Die Studentin oder der Student kann während der Dauer des Studiums eines Studienganges in der Regel für nicht mehr als vier Semester beurlaubt werden.

(3) Wichtige Gründe i.S. des Absatzes 2 sind insbesondere:

1. gesundheitliche Gründe der Studentin oder des Studenten,
2. besondere familiäre Gründe,
3. Tätigkeit in der akademischen oder studentischen Selbstverwaltung,
4. Studienaufenthalt im Ausland
5. Ableistung eines im Studienplan oder in der Prüfungsordnung vorgesehenen Praktikums, das nicht Teil des Studiums ist.

(4) Eine Beurlaubung ist nicht zulässig:

1. vor Aufnahme des Studiums
2. für das erste Fachsemester,
3. für vorhergehende Semester.

(5) Während der Beurlaubung behält die Studentin oder der Student ihre oder seine Rechte als Mitglied. Bei einer Beurlaubung nach Abs. 3 Nrn 1, 2 oder 3 ist sie oder er jedoch grundsätzlich nicht berechtigt, in dieser Zeit Leistungsnachweise zu erbringen. Ihre oder seine studentischen Beitragspflichten werden durch die Beurlaubung nicht berührt, sofern die Beitragsordnungen oder andere Vorschriften nichts anderes regeln. Von Studierenden, die beurlaubt sind, wird der Verwaltungskostenbeitrag nicht erhoben.

(6) Urlaubssemester werden nicht als Fachsemester angerechnet; jedoch können auf Antrag bei einer Beurlaubung gemäß Absatz 3 Nr. 4 Studienzeiten und Studienleistungen nach Maßgabe der entsprechenden Prüfungsordnung bei der hierfür zuständigen Stelle anerkannt werden.

§ 9

Gleichzeitiges Studium mehrerer Studiengänge

(1) Eine Studentin oder ein Student, die oder der bereits an einer anderen Hochschule immatrikuliert ist, kann für einen anderen Studiengang nur aufgenommen werden, wenn ein gleichzeitiges Studium an beiden Hochschulen möglich ist (Parallelstudium).

(2) Eine Studentin oder ein Student, die oder der an dieser oder einer anderen Hochschule bereits in einem Studiengang mit Zulassungsbeschränkung eingeschrieben ist, darf zusätzlich für einen weiteren Studiengang mit Zulassungsbeschränkung nur eingeschrieben werden, wenn sie oder er für diesen Studiengang zugelassen worden ist und der Studiengang eine sinnvolle Ergänzung des zunächst aufgenommenen Studiums darstellt und ein gleichzeitiges Studium beider Studiengänge möglich ist. Hierzu ist die Stellungnahme des zuständigen Fachbereiches einzuholen.

§ 10

Gasthörerinnen und Gasthörer

(1) Zu bestimmten Lehrveranstaltungen bis zum Umfang von acht Wochenstunden können im Rahmen der vorhandenen Kapazität als Gasthörerin oder Gasthörer nichtimmatrikulierte Personen auch ohne Nachweis der Hochschulzugangsberechtigung aufgenommen werden. Sie sind lediglich in das Gasthörerverzeichnis einzutragen.

(2) Studentinnen oder Studenten anderer Hochschulen haben einen Anspruch darauf, als Gasthörerin oder Gasthörer aufgenommen zu werden, sofern nicht der Fachbereich den Besuch von Lehrveranstaltungen zahlenmäßig beschränkt und/oder vom Nachweis erforderlicher Studienleistungen oder Kenntnisse abhängig gemacht hat. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

Die Hochschule kann Gasthörerinnen und Gasthörer zur Erbringung von Studienleistungen und zur Ablegung von Prüfungen zulassen.

(3) Der Aufnahmeantrag als Gasthörerin oder Gasthörer ist für jedes Semester gesondert, möglichst bis zum Ablauf des ersten Monats nach Semesterbeginn zu stellen. Über den Antrag entscheidet die Präsidentin oder der Präsident im Benehmen mit dem Fachbereich.

(4) Von Gasthörerinnen und Gasthörern werden Name, Vorname, Anschrift und für statistische Zwecke: Geschlecht, Geburtsdatum (Monat und Jahr), Staatsangehörigkeit sowie die Fachrichtung der belegten Veranstaltung als Daten erhoben.

(5) Als Gasthörerin oder Gasthörer besuchte Lehrveranstaltungen werden bei einer Immatrikulation nicht berücksichtigt.

(6) Von Gasthörerinnen und Gasthörern erhebt die Universität eine Gebühr. Näheres regelt die entsprechende Gebühren- und Entgeltordnung.

§ 11

Weiterführende Studiengänge

Für Aufbau-, Ergänzungs-, Weiterbildungs- und Kontaktstudien ist eine Immatrikulation auf schriftlichen Antrag dann vorzunehmen, wenn die Bewerberin oder der Bewerber die Aufnahmevoraussetzungen nach den entsprechenden Ordnungen erfüllt und das Studium im Rahmen eines Studienganges stattfindet.

§ 12

Zuständigkeiten

Für Entscheidungen nach dieser Ordnung ist die Präsidentin oder der Präsident verantwortlich; sie werden von der Kanzlerin oder dem Kanzler bzw. von der oder dem nach der Geschäftsordnung für Immatrikulationsangelegenheiten zuständigen Bediensteten getroffen.

§ 13

Inkrafttreten

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Immatrikulationsordnung vom 5.2.1992 (Bek. vom 24.6.1992, Nds. Mbl. S. 1185) außer Kraft.